

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. h. c. h. C. Neumann, Neudammstr. 10, Dresden

Druckerei: Druckerei Neumann, Neudammstr. 10, Dresden

Druck u. Verlag: Rieck & Neichert, Dresden, Postfach 10, 1068 Dresden

Neuer Druck auf den deutschen Lebensstandard

Die Baseler Experten verlangen scharfe Sparmaßnahmen

Basel, 17. August. Der „Neuen Züricher Zeitung“ wird von ihrem, aus französischen Bank- und Delegationsfreisen gut informierten H. J. Sonderberichterstatter zu dem von den Finanzfachverständlichen ausgearbeiteten Bericht an die Regierungen mitgeteilt,

„dass von Deutschland sofort sehr scharfe Sparmaßnahmen verlangt werden sollen, damit es durch neue Erparnisse den Haushalt des Reiches, der Länder und der Gemeinden ins Gleichgewicht bringe.“

Die Reichsregierung werde nicht ausschließlich auf die Zuschüsse rechnen dürfen, die ihr eine Erweiterung der Einzahlungsbefugnisse der Reichsbank gewähren könne. Ein ausländische Finanzhilfe werde daher notwendig sein. Aber die ausländischen Finanzmärkte würden trotz der Maßnahmen, die in Deutschland getroffen werden sollen, wenig geneigt sein, neue Kredite ohne weitgehende Garantien zu gewähren. Der Sonderberichterstatter fragt, ob Deutschland solche Garantien bieten könne.

Einschließlich der Stillhalterverhandlungen will das Blatt noch wissen, daß die deutschen Banken auch die Einziehung der kurzfristigen Verpflichtungen, die ihre Filialen im Ausland eingegangen sind, in die zu verlangenden Kredite verlangen. Die deutschen Vertreter nahmen geltend, daß die ausländischen Zweigstellen diese Kredite für den Gesamtbereich ihrer Bank getätigt hätten. Die ausländischen Bankiers widersetzten sich jedoch diesem Begehren. Die Verhandlungen darüber seien noch nicht abgeschlossen. Was die Frage der Binsvergütung anbelange, so habe man sich auf einen Einsatz geeinigt, der etwas über dem für die ursprünglichen Kredite bestimmten Zinssatz liege.

Die deutsche Abordnung bei der W. J. in Basel hat noch am Sonntagabend der Reichsregierung über den Gang der Verhandlungen des Wagnis-Ausschusses Bericht erstattet. Auf Grund der eingelaufenen neuen Anweisungen sind am Montagvormittag zwischen den deutschen Vertretern und einzelnen Mitgliedern der Stillhaltersdüssche sowie auch unter einzelnen Bankengruppen Sonderbesprechungen abgehalten worden.

Der Finanzfachverständlichenauschuss tritt am Montagvormittag um 10 Uhr wieder zusammen, so daß die erhoffte Einigung vor dem Abend auf jeden Fall nicht zu erwarten ist. Das Generalsekretariat des Wagnis-Ausschusses hat in der Zwischenzeit die notwendigen Protokolle und Uebersetzungsarbeiten durchzuführen.

Sondergehaltsfürzungen in den kleinen Ländern

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. August. Die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen des sogenannten internationalen Stillhalterskongresses in Basel ergeben haben, können, wie auch aus der obigen Meldung hervorgeht, dazu führen, daß das sogenannte Herbstprogramm der Reichsregierung beschleunigt, und zwar noch im Laufe dieser oder der kommenden Woche fertiggestellt und auch in Kraft gesetzt wird. Ein solches Programm würde sich nach Ansicht der Reichsregierung mit allen drakonischen Konsequenzen als notwendig herausstellen, wenn das Stillhalterskongressorium nicht oder nur unter für Deutschland untragbaren Bedingungen zu einem positiven Entschluß kommt.

Dann beurteilt man in Regierungskreisen die Lage so, daß zur Vermeidung neuer Finanz- und Kassensorgen, insbesondere solcher behördlicher Art, zu Maßnahmen geistigen werden müsse, die bisher zwar amtlich noch am vergangenen Sonntag offiziell in Absicht gestellt wurden, deren Vermeidung in dieser oder jener Form dann jedoch nicht mehr möglich erscheint.

Die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg-Vorpommern, Mecklenburg-Schwern, Lübeck, Anhalt, Schaumburg-Lippe und Oldenburg haben beschlossen, am morgigen Dienstag in Oldenburg eine Konferenz abzuhalten, auf der sie sich u. a. mit der Frage von Sondergehaltsfürzungen in ihren Ländern befassen wollen. Bekanntlich hat Baden einen solchen Schritt bereits getan und die badische Beamtenliste in ihren Bezügen herabgesetzt. Die Pläne der Oldenburger Regierung sehen bezüglich der Gehaltsfürzungen eine Freigrenze bis zu 2000 Mark vor, dann eine Kürzung um 4 Prozent für solche zwischen 2000 und 3000 Mark, um 5 Prozent für solche von 3000 bis 6000 Mark, um 6 Prozent für solche von 6000 bis 12 000 Mark, um 7 Prozent für solche von 12 000 bis 14 000 Mark, und um 8 Prozent über 14 000 Mark. Die Gehälter der Schulpolizei sollen nicht gekürzt werden, weil 75 Prozent der Ausgaben für die Polizei vom Reich geleistet werden. Die Angestellten sollen ebenfalls keine Kürzung im Gehalt erfahren, weil man nicht das ganze Tarifproblem ins Rollen bringen will. Diese Pläne der kleinen und kleinsten Länder sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß eine weitere Entwicklung der Finanzkrise die Selbstständigkeit dieser Länder ernstlich in Frage stellen muß. Man hat dori nicht den Wunsch, sich mit Preußen zusammenzuschließen.

Wird diese neue Gehaltsfürzung zur Lastfalle, dann dürfte daselbe Problem auch für die übrigen Länder akut werden, sofern sie eine Gehaltsfürzung für tragbar und un-

abweidbar erachten. Gleichzeitig würde dies natürlich auch für das Reich einen neuen Anstoß geben und der Reichsregierung die Durchführung der bisher noch amtlich demontierten Gehaltsfürzungsbestrebungen zum mindesten psychologisch erleichtern.

Es verlautet, daß die Kürzung der Beamtengehälter die wahrscheinlich noch in dieser oder der nächsten Woche bekanntgegeben wird, zum 1. Oktober in Kraft treten soll, und zwar nach ähnlichen Sägen wie sie von kleinen Ländern geplant werden.

Gleichzeitig soll die Arsenksteuer nahezu verdoppelt werden.

Auch auf die sonstige Lohngestaltung dürfte das dann rückwirkungen haben. Eine allgemeine Senkung des Lebensstandards würde Platz greifen. Allerdings weiß man noch nicht, ob der Widerstand der Gewerkschaften, der insbesondere von den Sozialdemokraten schon mit aller Energie angemeldet worden ist, so leicht überwunden werden kann. Parallel zu diesen allgemeinen, zunächst allerdings nur geplanten Einkommensenkürzungen, die auch vor den sozialen Unternehmungen kaum halt machen könnten, soll dann, wie man hört, der Versuch lauten, auch die Lebenshaltungskosten herabzusetzen.

Die Senkung der Nominallöhne soll jedenfalls keine Senkung der Reallohnne zur Folge haben.

Ob sich dieser Parallelsinnus wird durchsetzen lassen, scheint mehr als fraglich, insbesondere wenn man sich vor Augen hält, welches Schicksal die schon vor einer Anzahl von Monaten versuchte Preissteigerungspolitik der Reichsregierung gehabt hat.

Die offene Frage bleibt immer noch, wie das Gebühde des Tarifsystems gelockert werden kann, ohne daß der Regierung von der Linken allzu große Schwierigkeiten bereitet werden, namentlich im Hinblick auf den 18. Oktober, an dem der Reichstag zu einer, wenn auch nur kurzen Tagung zusammenzutreten soll, bei der sich dann eventuell Resolutionen für die Aufhebung gewisser Notverordnungen ergeben könnten.

Der Streit um die Gemeindelöhne

Berlin, 17. August. Durch die Notverordnung vom 5. Juli dieses Jahres ist bekanntlich eine Angleichung der Gemeindegeldbeiträge an die Löhne der Reichsarbeiter vorgesehen. Es handelt sich hierbei für die Gemeindegeldbeiträge um eine Lohnförmung von 8 bis 10 v. H., die vom 15. ds. Mts. ab eintreten sollte. Der Gesamtverband der Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben hat den zuständigen Stellen gegenüber gegen diese Kürzung protestiert und der Regierung die Verantwortung übertragen, wenn es zu Streikbewegungen der Gemeindegeldbeiträge kommen sollte. Darauf hat Reichsarbeitsminister Stegerwald am Montagvormittag die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erneut zu Einigungsverhandlungen geladen, die noch im Gange sind. Wie die Telegraphen-Union erfährt, sind die vorgesehene Lohnförmungen von Seiten der Arbeitgeberorganisation bis zum Ergebnis dieser Einigungsverhandlungen zunächst zurückgestellt worden.

Der kommunistische Bänderkrieg

Feuerüberfall auf Nationalsozialisten

Lippstadt, 17. August. In der Nacht zum Sonntag führten Kommunisten in der Nähe des Ausflusstals „Tannenbaum“ einen planvoll vorbereiteten Feuerüberfall auf einen Trupp Nationalsozialisten aus, die von einer Versammlung in dem benachbarten lippischen Dorfe Lipperode nach hier zurückkehrten. Außer zwei schwerverletzten Nationalsozialisten, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten, gab es noch sieben Leichtverletzte. Die Zahl der Verletzten auf Seiten der Kommunisten ist nicht bekannt. Die Polizei verhaftete acht Kommunisten. Bei dem Feuerüberfall wurden insgesamt gegen hundert Schüsse abgegeben.

Mag Dölg droht

Romano, 17. Aug. Die letzte politische Offensive der kommunistischen Partei Deutschlands gegen das Bürgerium hat in Moskau großes Interesse erregt. In verschiedenen kommunistischen Versammlungen wurden Beschlüsse gefaßt, in denen man sich bereit erklärte, die KPD zu unterstützen. Ferner wurden Geldmittel zur Unterstützung der internationalen Arbeiterhilfe in Deutschland gesammelt. In einer Versammlung erklärte der deutsche Kommunist Mag Dölg, daß der kommende Winter den revolutionären Geist

Hindenburg, de Margerie und der Ehrenbegeh

Berlin, 17. August. „Petit Parisien“ berichtet, daß der französische Botschafter de Margerie dem Reichspräsidenten seinen offiziellen Abschiedsbesuch abgelehnt habe. Dabei habe der Reichspräsident ihm einen französischen Degen überreicht, den er im Kriege 1870/71 erbeutet habe. Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß Botschafter de Margerie noch nicht seinen offiziellen Abschiedsbesuch gemacht und sein Abberufungs Schreiben auch noch nicht überreicht hat. Die Darstellung über die Ueberschickung des französischen Säbels trifft in dieser Form nicht zu. Dem Reichspräsidenten wurde anlässlich seines 88. Geburtstages von privater Seite ein französischer Säbel zum Geschenk angeboten. Da festgestellt wurde, daß es sich nicht um einen Kampfsäbel, sondern um einen Ehrendegen handelte, den 1870 ein einziger verstorbenen preußischer Leutnant einem französischen General abgenommen hatte, stellte sich der Reichspräsident auf den Standpunkt, daß dieser Säbel den Erben gehöre. Als dann der Ehrendegen dem Reichspräsidenten nochmals angeboten wurde mit dem Anbieten, ihn den französischen Erben zuzuleiten, hat der Reichspräsident ihn unter dieser Bedingung angenommen. Anlässlich des Beileidsbesuches, den der französische Botschafter de Margerie im Oktober vorigen Jahres wegen der Kisdorfer Grubenkatastrophe beim Reichspräsidenten machte, hat Reichspräsident von Hindenburg dem Botschafter den Degen übergeben mit der Bitte, ihn den französischen Erben zuzuleiten. Da jedoch die Erben nicht festzustellen waren, hat die französische Regierung dann den Ehrendegen dem Russe des Invalides zugewiesen. Botschafter de Margerie hat dem Reichspräsidenten für seine ritterliche und kameradschaftliche Gesinnung seinen besonderen Dank ausgesprochen.

Snowden warnt die Engländer vor einer Panik

London, 17. August. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Daily Herald“ äußerte sich Finanzminister Snowden über die Finanzlage Englands und warnt vor allen Dingen vor einer Panik, für die trotz aller alarmierenden Nachrichten kein Grund vorhanden sei. England habe schon andere schwere Zeiten überstanden und werde auch diese Krise überleben. Trotzdem sei die gegenwärtige Lage außerordentlich ernst und erfordere entsprechende Maßnahmen. Diese würden drastisch sein. Er hoffe aber, daß sie jeder willig tragen werde, wenn sie gerecht auf die einzelnen Bevölkerungsschichten verteilt würden. Der Notzustand sei nur vorübergehend. Snowden legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß die englische Finanzlage im Grunde genommen vollkommen gesund sei. England habe enorme Kapitalreserven, auf die es zurückgreifen könne. Die augenblickliche Lage des englischen Geldmarktes sei durch die gänzlich unbegründete Nervosität ausländischer Gläubiger hervorgerufen. England müsse deshalb alles tun, um die Befürchtungen zu beseitigen und seinen Schuldnern zu beweisen, daß die Lage Englands völlig gesund sei. Er werde alles tun, um den englischen Kredit zu verteidigen.

Das tägliche Zeitungsverbot. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat den „Mittelmeiner Generalanzeiger“ wegen Veröffentlichung eines Wahlsinnesrats zum Volkswahlrecht auf die Dauer von acht Tagen verboten.

Neue Todesdrohungen gegen die Polizei

Berlin, 17. August. In der Suarezstraße in Charlottenburg haben unbekannt Täter auf den Fahrradmarsch folgende Aufschrift gemalt: „Schupos, schließt nicht! KPD, schließt wieder. Für jeden erschossenen Arbeiter 10 Schupos.“ Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Befehung der ermordeten Schuposoffiziere

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 17. August. Heute nachmittag findet in Berlin die feierliche Befehung der von den Kommunisten erschossenen beiden Schupospolizeioffiziere statt, an der sich für die preussische Regierung der preussische Innenminister Severina beteiligen wird. Auch die Reichsregierung wird zu der Befehung einen Vertreter entsenden, und zwar den Reichsinnenminister Dr. Kritz, der am Grabe Kränze der Reichsregierung niederlegt. Der Reichskanzler hat darüber hinaus noch einen Vertreter der Reichsfinanzlei beordert.